

KAPITEL X — Sonderbestimmungen

Art. 36 - Der Nationalfonds für die soziale Wiedereingliederung der Behinderten wird für die Anwendung der Gesetze und Regelungen mit Bezug auf die zugunsten des Staates eingenommenen direkten Steuern und die zugunsten der Provinzen und Gemeinden eingenommenen Steuern mit dem Staat gleichgestellt.

Art. 37 - [Abänderungsbestimmung]

Art. 38 - Der König kann beim Nationalfonds für die soziale Wiedereingliederung der Behinderten zwei Regierungskommissare ernennen, die den Minister der Sozialfürsorge beziehungsweise den Minister der Volksgesundheit und der Familie vertreten.

Art. 39 - Die öffentlichen Verwaltungen und die Einrichtungen öffentlichen Interesses sind verpflichtet, dem Nationalfonds für die soziale Wiedereingliederung der Behinderten kostenlos alle für die Anwendung des vorliegenden Gesetzes und seiner Ausführungserlasse notwendigen Auskünfte zu übermitteln.

Art. 40 - Der Nationalfonds für die soziale Wiedereingliederung der Behinderten übernimmt die Rechte und Pflichten in Zusammenhang mit der Vermögens- und Schuldenmasse des Landesamts für Arbeitsbeschaffung mit Bezug auf den Fonds für die Ausbildung, Rehabilitation und soziale Wiedereingliederung der Behinderten, der durch das Gesetz vom 28. April 1958 über die berufliche Ausbildung und Rehabilitation sowie die soziale Wiedereingliederung der Behinderten eingerichtet und in Ausführung der Bestimmungen von Artikel 12 des Gesetzes vom 14. Februar 1961 über den Wirtschaftsaufschwung, den sozialen Fortschritt und die Sanierung der Finanzen aufgelöst wurde.

Art. 41 - Der Verwalter-Direktor, der beigeordnete Verwalter-Direktor und die anderen Mitglieder des durch das vorerwähnte Gesetz vom 28. April 1958 eingerichteten Fonds für die Ausbildung, Rehabilitation und soziale Wiedereingliederung der Behinderten, die vor dem 1. März 1961 ernannt worden sind und zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Gesetzes zum Personal des Landesamts für Arbeitsbeschaffung gehören, werden unter Erhalt ihres Dienstgrads, Dienstalters und Gehalts an den Nationalfonds für die soziale Wiedereingliederung der Behinderten übertragen.

Art. 42 - Die vor Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes eingereichten Anträge im Hinblick auf den Genuss der Bestimmungen des vorerwähnten Gesetzes vom 28. April 1958 bleiben gültig.

Art. 43 - Die in Sachen Finanzierung des Fonds für die Ausbildung, Rehabilitation und soziale Wiedereingliederung der Behinderten angenommenen Verordnungsbestimmungen bleiben wirksam bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die in Anwendung von Artikel 24 anzunehmenden Bestimmungen wirksam werden.

KAPITEL XI — Aufhebungsbestimmungen

Art. 44 - Es werden aufgehoben :

1. das Gesetz vom 28. April 1958 über die berufliche Ausbildung und Rehabilitation sowie über die soziale Wiedereingliederung der Behinderten,
2. die Artikel 10 Buchstabe *h*), 12, 13 und 14 des Gesetzes vom 14. Februar 1961 über den Wirtschaftsaufschwung, den sozialen Fortschritt und die Sanierung der Finanzen.

KAPITEL XII — Schlussbestimmung

Art. 45 - Das vorliegende Gesetz tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft, mit Ausnahme von Artikel 9, der erst vierzehn Tage nach der Veröffentlichung des Königlichen Erlasses zur Ernennung der Mitglieder des Geschäftsführungsrates und der Fachausschüsse in Kraft tritt.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2009 — 3802

[C - 2009/00772]

8 OCTOBRE 2009. — Arrêté ministériel modifiant l'arrêté ministériel du 28 décembre 2001 portant exécution de certaines dispositions de l'arrêté royal du 30 mars 2001 portant la position juridique du personnel des services de police. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté ministériel du 8 octobre 2009 modifiant l'arrêté ministériel du 28 décembre 2001 portant exécution de certaines dispositions de l'arrêté royal du 30 mars 2001 portant la position juridique du personnel des services de police (*Moniteur belge* du 15 octobre 2009).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2009 — 3802

[C - 2009/00772]

8 OKTOBER 2009. — Ministerieel besluit tot wijziging van het ministerieel besluit van 28 december 2001 tot uitvoering van sommige bepalingen van het koninklijk besluit van 30 maart 2001 tot regeling van de rechtspositie van het personeel van de politiediensten. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het ministerieel besluit van 8 oktober 2009 tot wijziging van het ministerieel besluit van 28 december 2001 tot uitvoering van sommige bepalingen van het koninklijk besluit van 30 maart 2001 tot regeling van de rechtspositie van het personeel van de politiediensten (*Belgisch Staatsblad* van 15 oktober 2009).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2009 — 3802

[C - 2009/00772]

8. OKTOBER 2009 — Ministerieller Erlass zur Abänderung des Ministeriellen Erlasses vom 28. Dezember 2001 zur Ausführung bestimmter Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 30. März 2001 zur Festlegung der Rechtsstellung des Personals der Polizeidienste — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Ministeriellen Erlasses vom 8. Oktober 2009 zur Abänderung des Ministeriellen Erlasses vom 28. Dezember 2001 zur Ausführung bestimmter Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 30. März 2001 zur Festlegung der Rechtsstellung des Personals der Polizeidienste.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

8. OKTOBER 2009 — Ministerieller Erlass zur Abänderung des Ministeriellen Erlasses vom 28. Dezember 2001 zur Ausführung bestimmter Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 30. März 2001 zur Festlegung der Rechtsstellung des Personals der Polizeidienste

Der Minister des Innern,

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 30. März 2001 zur Festlegung der Rechtsstellung des Personals der Polizeidienste (RSPol), des Artikels X.I.7 Absatz 1;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 28. Dezember 2001 zur Ausführung bestimmter Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 30. März 2001 zur Festlegung der Rechtsstellung des Personals der Polizeidienste (AEPol);

Aufgrund der Verhandlungsprotokolle Nr. 186/4 und 246/4 des Verhandlungsausschusses für die Polizeidienste vom 24. August 2006 beziehungsweise vom 10. Juni 2009;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 26. März 2009;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministers des Öffentlichen Dienstes vom 11. Juni 2009;

Aufgrund des Einverständnisses des Staatssekretärs für Haushalt vom 30. Juli 2009;

In der Erwägung, dass die Stellungnahme des Bürgermeisterbeirats nicht ordnungsgemäß binnen der gesetzten Frist abgegeben worden ist und dass kein Antrag auf Verlängerung der Frist gestellt worden ist; dass sie infolgedessen außer Acht gelassen worden ist;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 47.170/2 des Staatsrates vom 28. September 2009, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 1 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat,

Erlässt:

KAPITEL 1 — Abänderungsbestimmung

Artikel 1 - Artikel X.8 AEPol wird wie folgt ersetzt:

«Art. X.8 - Das Personalmitglied, das Anspruch auf kostenlose Gesundheitspflege hat, hat ein Anrecht auf die in Absatz 2 erwähnte Rückerstattung für den Ankauf von Korrekturgläsern oder von Kontaktlinsen, die von einem Augenarzt verschrieben worden sind, an den es von einem Arzt des medizinischen Dienstes oder einem zugelassenen externen Arzt überwiesen worden ist.

Vom Preis jedes Glases oder jeder Kontaktlinse, gegebenenfalls abzüglich der Beteiligung der Krankenversicherung, werden 75% bei einem Höchstbetrag von 150 EUR pro Glas beziehungsweise Kontaktlinse zurückerstattet.

Für die Ersetzung der Korrekturgläser oder Kontaktlinsen ist die in Absatz 2 erwähnte finanzielle Beteiligung nur nach Ablauf eines Zeitraums von zwei Jahren ab dem Datum der vorigen Beteiligung und bei einer Änderung der Dioptrie zugelassen.»

KAPITEL 2 — Übergangsbestimmung

Art. 2 - Das Personalmitglied, das Anspruch auf kostenlose Gesundheitspflege hat, hat ein Anrecht auf die in Absatz 2 oder Absatz 4 erwähnte Rückerstattung für den Ankauf einer Korrekturbrille beziehungsweise für die Ersetzung von Korrekturgläsern, die von einem Augenarzt verschrieben worden sind, an den es von einem Arzt des medizinischen Dienstes oder einem zugelassenen externen Arzt überwiesen worden ist.

Der Preis des Gestells und der Gläser, gegebenenfalls abzüglich der Beteiligung der Krankenversicherung, wird bei einem Höchstbetrag von 125 EUR zurückerstattet.

Für die Ersetzung der Korrekturbrille ist die in Absatz 2 erwähnte finanzielle Beteiligung nur nach Ablauf eines Zeitraums von fünf Jahren ab dem Datum der vorigen Beteiligung zugelassen.

Für die Ersetzung der Korrekturgläser wird der Preis jedes Glases, gegebenenfalls abzüglich der Beteiligung der Krankenversicherung, bei einem Höchstbetrag von 37 EUR pro Glas zurückerstattet. Diese finanzielle Beteiligung ist nur nach Ablauf eines Zeitraums von zwei Jahren ab dem Datum der vorigen Beteiligung und bei einer Änderung der Dioptrie zugelassen.

KAPITEL 3 — Schlussbestimmung

Art. 3 - Vorliegender Erlass wird wirksam mit 1. Januar 2007, mit Ausnahme von Artikel 2, der mit 1. April 2001 wirksam wird und am 1. Januar 2007 außer Kraft tritt.

Gegeben zu Brüssel, den 8. Oktober 2009

Frau A. TURTELBOOM

SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

F. 2009 — 3803

[C - 2009/03431]

16 NOVEMBRE 2009. — Arrêté ministériel modifiant l'arrêté ministériel du 15 juin 2000 d'exécution de l'arrêté royal du 17 février 2000 relatif aux mesures restrictives à l'encontre des Talibans d'Afghanistan

Le Ministre des Finances,

Vu le Règlement (CE) n° 881/2002 du Conseil du 27 mai 2002 instituant certaines mesures restrictives spécifiques à l'encontre de certaines personnes et entités liées à Oussama ben Laden, au réseau Al-Qaida et aux Talibans et abrogeant le règlement (CE) n° 467/2001 du Conseil interdisant l'exportation de certaines marchandises et de certains services vers l'Afghanistan, renforçant l'interdiction des vols et étendant le gel des fonds et autres ressources financières décidés à l'encontre des Talibans d'Afghanistan;

FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIËN

N. 2009 — 3803

[C - 2009/03431]

16 NOVEMBER 2009. — Ministerieel besluit tot wijziging van het ministerieel besluit van 15 juni 2000 tot uitvoering van het koninklijk besluit van 17 februari 2000 betreffende de beperkende maatregelen tegen de Taliban van Afghanistan

De Minister van Financiën,

Gelet op de Verordening (EG) nr. 881/2002 van de Raad van 27 mei 2002 tot vaststelling van bepaalde specifieke beperkende maatregelen tegen sommige personen en entiteiten die banden hebben met Usama bin Laden, het Al Qa'ida-netwerk en de Taliban, en tot intrekking van Verordening (EG) nr. 467/2001 van de Raad tot instelling van een verbod op de uitvoer van bepaalde goederen en diensten naar Afghanistan, tot versterking van het verbod op vluchten en de bevrozing van tegoeden en andere financiële middelen ten aanzien van de Taliban van Afghanistan;